

Tourismuspolitik

Anna-Lena Kirch

Die europäische Tourismusbranche war im vergangenen Jahr nicht nur mit langfristigen Herausforderungen konfrontiert (demographischer Wandel, Digitalisierung, Konkurrenz durch Drittstaaten etc.), sondern auch mit der Flüchtlingskrise, militärischen Konflikten in der Ukraine und der Region Nahost und Nordafrika (MENA) sowie einer erhöhten Terrorgefahr. Vor dem Hintergrund des andauernden europäischen Krisenmodus gab es keine substanzialen neuen politischen Impulse und Initiativen der Europäischen Union im Bereich Tourismus.

Das Europäische Parlament veröffentlichte im September 2015 unter Federführung von Isabella De Monte (S&D) einen Initiativbericht, in dem es die Europäische Kommission dazu aufforderte, das Parlament über die Implementierung bisheriger Zielvorgaben – etwa im Zusammenhang mit dem Aktionsplan der Kommission aus dem Jahr 2010¹ oder der Tourismusförderung durch verschiedene EU-Finanzierungstöpfe – zu informieren und sich stärker tourismuspolitisch zu positionieren, beispielsweise durch die Erarbeitung europäischer Pilotprojekte im Tourismussektor.² Das Parlament setzte sich insbesondere für eine neue EU-weite Tourismusstrategie in Kombination mit einem gesonderten EU-Budget im Mehrjährigen Finanzrahmen und einem festen Personalstock zur Tourismusförderung ein, um europäische Tourismuspolitik als eigenständiges Politikfeld zu etablieren und konsequenter voranzutreiben. Bislang veröffentlichte die Europäische Kommission jedoch kein neues, umfassendes Grundsatzdokument. Ihr Engagement beschränkte sich im Wesentlichen auf Konsultationen mit Stakeholdern und die Implementierung bestehender Instrumente und Initiativen, in denen Tourismuspolitik als ein Querschnittsthema behandelt wird.

Investitionen in den europäischen Tourismussektor

Neben einem Mangel an neuen EU-Initiativen zur besseren Koordinierung nationaler Tourismuspolitiken und einer Stärkung der EU-Dimension verlief bisher auch die Implementierung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSD) – besser bekannt als Juncker-Plan – schleppend, was zu einem großen Teil auf das Fehlen geeigneter Projekte zurückgeführt werden kann. Kommissar Jyrki Katainen, zuständig für Arbeit, Wachstum, Investitionen und Wettbewerb, kündigte in diesem Zusammenhang im Juni 2016 an, kleinere Tourismusprojekte in Südeuropa zu Paketen zu bündeln und in einem zentralen EU-Portal (Europäisches Investitionsvorhabenportal) zu präsentieren, um sie für Investoren attraktiver zu machen und damit den erwünschten Investitionsschub doch noch herbeizuführen.³ Insbesondere zur nachhaltigen Konsolidierung von Ländern wie Grie-

1 Europäische Kommission: Europa – wichtigstes Reiseziel der Welt: ein neuer politischer Rahmen für den europäischen Tourismus KOM(2010) 352 endgültig.

2 European Parliament: Report on new challenges and concepts for the promotion of tourism in Europe, 22 September 2015, 2014/2241(INI).

3 European Commission: Keynote speech by Vice-President Katainen, Brussels Economic Forum 9 June, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-16-2125_de.htm (letzter Zugriff 30.9.2016).

chenland, Spanien und Italien, die nicht nur von der Euro-Krise, sondern auch der Flüchtlingskrise stark betroffen sind, spielt der Tourismussektor eine herausgehobene Rolle und birgt großes Wachstumspotenzial.

Neben dem EFSI wurden europäische Maßnahmen zur Ankurbelung von Wachstum, Beschäftigung und nachhaltiger Innovation im Jahr 2015/2016 – wie bereits im Vorjahr – über weitere EU-Fördertöpfe wie das COSME-Rahmenprogramm oder Horizont 2020 finanziert.

Digitaler Tourismusmarkt

Schwerpunkthemen im europäischen Diskurs waren 2015/2016 insbesondere die fortschreitende Digitalisierung des Tourismusmarkts sowie insbesondere Risiken und Chancen der wachsenden ‚Sharing Economy‘, die durch Plattformen wie Airbnb zur Wohnraumvermittlung oder Uber zur Vermittlung von Fahrdiensten einen zunehmend großen Einfluss auf die europäische Tourismusbranche ausübt. Um sich im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichem Wachstumspotenzial, Einbußen für die Hotel-, Taxi- und Reiseanbieterbranche sowie Risiken für den Verbraucherschutz zu positionieren, legte die Europäische Kommission im Juni 2016 Leitlinien für den künftigen Umgang mit Online-Plattformen wie dem Wohnraumvermittler Airbnb oder dem Online-Fahrdienstvermittler Uber vor. Darin stärkt die Kommission unter Berufung auf das Innovationspotenzial der Online-Portale die Ausgangsposition der ‚Sharing Economy‘ und warnt die EU-Mitgliedstaaten vor nationalen Verboten und unnötig strikten Marktzugangsbeschränkungen.⁴

Koordinierungsmaßnahmen zur Förderung der Tourismusbranche

Die Kommission war in zahlreichen Initiativen zur Koordinierung nationaler Tourismuspolitiken und zum Austausch bewährter Praktiken involviert, indem sie Gelegenheiten zum Austausch zwischen EU-Mitgliedstaaten, europäischen Regionen und sonstigen privaten und öffentlichen Stakeholdern schuf – beispielsweise im Rahmen des Europäischen Tourismus Forums in Luxemburg oder des Europäischen Tourismustages in Brüssel. Inhaltliche Schwerpunkte lagen unter anderem auf der Steigerung von EU-Investitionen, nachhaltigem Tourismus, Visapolitik sowie Digitalisierung und Sharing Economy.

Weiterführende Literatur

Maria Juul: Tourismus und die Europäische Union: Jüngste Trends und politische Entwicklungen, 2015, abrufbar unter: [http://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_IDA\(2015\)568343](http://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_IDA(2015)568343) (letzter Zugriff: 30.6.2016).

4 European Commission: A European agenda for the collaborative economy COM(2016) 356 final.